

## Stefan Zierke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Landesgruppe Ost und  
Sprecher der Landesgruppe Brandenburg  
in der SPD-Bundestagsfraktion



---

## Bundestag aktuell

### Parlamentsthemen im Dezember 2016

---

- **Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung**

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache. Spätestens Ende 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und den Grünen nun die Verantwortung für die Kosten von Stilllegung, Rückbau und Entsorgung zwischen Staat und privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen gesetzlich geregelt. Damit schafft der Gesetzgeber eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Lösung, die beiden Seiten die notwendige Planungssicherheit gibt.

Konkret werden die Betreiber der Kernkraftwerke auch zukünftig für die gesamte Abwicklung und Finanzierung von Stilllegung, Rückbau und fachgerechter Verpackung der radioaktiven Abfälle zuständig sein. Für die Zwischen- und Endlagerung wird der Bund die Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig wird eine gesetzliche Nachhaftung von Energieversorgungsunternehmen für die von ihnen beherrschten Betreibergesellschaften eingeführt.

- **Afghanistan wird weiter unterstützt**

Seit Anfang 2015 läuft das Bundeswehrmandat „Resolute Support“ unter Führung der Nato in Afghanistan. Am Donnerstag hat der Bundestag über den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Einsatzes abgestimmt und mit den Stimmen der SPD-Fraktion angenommen. Somit wird der Einsatz nun bis Ende 2017 weiterlaufen. Die Bundeswehr entsendet maximal 980 Soldatinnen und Soldaten. Die Nato-geführte Mission trägt dazu bei, die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte sowie die Sicherheitsinstitutionen in die Lage zu versetzen, stabile und sichere Strukturen für eine bessere Zukunft des Landes zu schaffen.

- **Bundeswehrmandate in Afrika werden fortgesetzt**

Der Deutsche Bundestag hat die Verlängerung von zwei Bundeswehreinsätzen beschlossen. Bis Ende 2017 werden jeweils 50 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Darfur und im Südsudan eingesetzt werden, vor allem um die dortige Zivilbevölkerung zu schützen. Beide Anträge wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen.

- **Kulturpolitik stärker zur Integration nutzen**

Der Bundestag hat am Freitag erstmalig einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD beraten. Darin machen die Regierungsfractionen deutlich: Kultureller Austausch kann dazu beitragen, Brücken zwischen Kulturen zu bauen und das Ankommen von Flüchtlingen und Migranten in unserer Gesellschaft zu erleichtern.

Ziel des Antrages ist es, ein Zeichen zu setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Populismus. Statt platter Parolen setzt die SPD-Bundestagsfraktion auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Herausforderungen. Die SPD-Fraktion versteht Integration – also das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft – als aktiv zu gestaltenden Prozess. Sie will eine inklusive Kulturpolitik, die jedem Menschen in diesem Land – unabhängig von seiner sozialen Lage oder Herkunft – die Teilhabe am kulturellen und damit auch am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Denn: Kultur beherbergt ein großes integratives Potenzial. Sie gibt den Menschen die Möglichkeit, sich trotz Sprachbarrieren auszudrücken und ist gleichzeitig ein wichtiger Ort der Begegnung.

- **Viertes Eisenbahnpaket: SPD stärkt grenzüberschreitenden Schienenverkehr**

Nach der Verabschiedung der technischen Säule im Frühjahr 2016 wurde Mittwoch die so genannte politische Säule des Vierten Eisenbahnpakets in zweiter Lesung im Europäischen Parlament angenommen. Insgesamt soll das vierte Eisenbahnpaket den Schienenverkehr in der EU attraktiver, innovativer und wettbewerbsfähiger gestalten. Des Weiteren soll die Dienstleistungsqualität verbessert und das Angebot für Bahnreisende vielseitiger gestaltet werden. Dadurch soll der grenzüberschreitende Schienenverkehr innerhalb der EU weiter gestärkt werden.

Neben einem weiteren Bürokratieabbau sind einheitliche technische Standards beschlossen worden. Zudem wurde auch eine Lösung in der Debatte um Trennung von Netz und Betrieb gefunden. Die neue Regelung lässt jedem EU-Land entsprechend seiner nationalen Gegebenheiten allerdings eine Optionsregelung offen.

- **Ein Meilenstein für mehr Bildungsgerechtigkeit**

Infolge eines Kabinettsbeschlusses vom 14. Dezember 2016 wird das Kooperationsverbot zwischen Schulen und dem Bund gelockert. Die Einführung des neuen Grundgesetzartikels 104c macht den Weg frei, dass von Bundeseite zukünftig dauerhaft Bildungschancen gestärkt werden können. Kommunale Bildungsinfrastruktur von der Kita bis zur Weiterbildungseinrichtung kann in finanzschwachen Kommunen zukünftig von Bundeseite finanziell unterstützt werden. Das ist ein toller Erfolg für die SPD, für den wir seit 2006 beständig gekämpft haben.

„Die Verhandlungen der letzten Monate haben vor allem gezeigt: Schwarze Irrwege führen nicht ans Ziel. Gerechtere Bildungschancen werden nicht an parteipolitischen Grenzen aufgehalten. Vetorechte einzelner Länder, und seien sie auch von schwarz und grün getragen, gibt es nicht. Der Bund kann vielmehr dort helfen, wo in der Bildungspolitik Investitionen dringend notwendig sind.“ so Ernst Dieter Rossmann, Bildungs- und Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

- **SPD-Fraktion begrüßt zusätzliche Finanzspritze für frühkindliche Bildung**

Außerdem hat das Bundeskabinett am 14. Dezember 2016 ein Kindertagesbetreuungsausbaugesetz (KiBA) beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass damit gut 1,1 Milliarden Euro für die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter sechs Jahren und für eine bessere Qualität der Angebote bereitgestellt werden sollen.

Mit dem neuen Programm wird die Chancengleichheit für alle Kinder und Familien erhöht sowie für einen besseren Zusammenhalt in der Gesellschaft gesorgt. Investitionen in frühkindliche Bildungsangebote in Krippen, Kitas und Tagespflege lohnen sich schließlich vielfach. Damit werden die entscheidenden Grundlagen für die Entwicklung unserer Kinder gelegt und gleichzeitig den Eltern ermöglicht, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Unternehmen profitieren zudem dadurch, dass sie die Eltern im Betrieb halten können.

---

## **Aus Berlin für den Wahlkreis** **Aktuelles für Uckermark / Barnim**

---

- **Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb „Eisenbahner mit Herz“**

„Als Vielfahrer zwischen Prenzlau und Berlin erlebe ich häufig schöne Situationen in der Bahn, ein nettes Gespräch hier, eine nette Geste dort. Gerade durch die Nähe zu Berlin gibt es aus meinem Wahlkreis viele Pendler in diese Richtung. Oft sind die Züge voll, die Reisenden erschöpft. Dennoch ereignen sich immer wieder tolle Situationen, in denen die Hilfsbereitschaft der Bahnmitarbeiter die eine oder andere angespannte Situation auflöst und auflöst. Genau solche Geschichten werden von der Allianz pro Schiene gesucht“, fasst Zierke sein Werben für eine Teilnahme zusammen. Bis zum 31. Januar können unter <https://www.allianz-pro-schiene.de/wettbewerbe/eisenbahner-mit-herz/eisenbahner-mit-herz-vorschlag-einsenden/> außergewöhnliche Eisenbahner- und Reisegeschichten eingereicht werden

- **Aktuelles über die Auswirkungen für Bahnfahrer durch den Bau des Karower Kreuzes**

Ab dem 9. Februar 2017 wird es durch den Neubau des Karower Kreuzes für über ein Jahr zu Behinderungen auf der Regionalbahnstrecke zwischen Bernau und Gesundbrunnen kommen. Stefan Zierke hat sich aufgrund der Wichtigkeit der Bahnstrecke für die Region (Pendler sowie Tourismus) bei der Deutschen Bahn nach dem aktuellen Stand erkundigt:

„Aufgrund der Baumaßnahmen am Karower Kreuz werden zwischen Februar 2017 und April 2018 Züge aus Richtung Eberswalde, Prenzlau, Stralsund (RE3) über Lichtenberg und Gesundbrunnen bis zum Berliner Hauptbahnhof umgeleitet. Der Umweg über Lichtenberg ergibt nach Angaben der Deutschen Bahn eine Fahrzeitverlängerung von 15 bis 20 Minuten. Im Berliner Hauptbahnhof wird die Linie geteilt. Das bedeutet, dass die Weiterreise auf dem Südast der Linie erst nach Umstieg erfolgen kann. Die Abfahrtszeiten ab Berlin Hauptbahnhof in Richtung Süden ändern sich nach jetziger Planung nicht. Aus Richtung Norden ist dann aber mit entsprechenden Wartezeiten im Hauptbahnhof Berlin zu rechnen. Für den Weg nach Norden ist geplant, dass die Züge entsprechend 15 bis 20 Minuten früher ab Berlin Hauptbahnhof abfahren und dann ab Bernau die regulären Ankunfts- und Abfahrtszeiten gelten“, erläutert Zierke die von ihm eingeholten Informationen.

„Die S-Bahnlinien sind während der Sperrung am Karower Kreuz erfreulicherweise befahrbar. Allerdings kann es aufgrund von bautechnologischen Gründen auch bei den S-Bahnen zu kleineren Sperrzeiten kommen“, fasst Zierke die Situation für die S-Bahnverkehre zusammen.

„Für die Nutzer der Regionalbahnlinien wird die Sperrung jedoch eine harte Prüfung werden. Pro Tag kann sich ein zeitlicher Mehraufwand für Pendler von bis zu 40 Minuten ergeben“, so Zierke.

Hintergrund:

*Mit der Baumaßnahme ab Februar 2017 erfolgen ein zweigleisiger Ausbau zwischen Blankenburg und Karow, ein Ersatzneubau von Brücken, die Erneuerung des Oberbaus und die sicherungstechnische Einbindung des Stellwerkes Karow an das bestehende elektronische Stellwerk. Dadurch wird eine Erhöhung der Streckengeschwindigkeit von 120 km/h auf 160 km/h an dieser Stelle erreicht. In die Baumaßnahmen sind Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner mitinbegriffen. Die Arbeiten dienen unter anderem der Vorbereitung für einen künftigen Haltepunkt am Karower Kreuz.*

- **„Fraktion vor Ort“: Stefan Zierke im Gespräch mit Ulla Schmidt (MdB) zu mehr Teilhabe und Pflege im Alltag**

Mehr Teilhabe und Pflege im Alltag war der Titel einer Diskussionsveranstaltung, die am Abend des 30. November 2016 im Schwedter Asklepios-Klinikum durchgeführt wurde. Der Einladung der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Ulla Schmidt und Stefan Zierke waren sowohl interessierte Bürger als auch Menschen gefolgt, die in ihrem privaten bzw. beruflichen Alltag Berührung mit diesen Themen haben.

Stefan Zierke wurde auf den Wahlkreisbesuchen der letzten Wochen und Monate mehrfach auf das im Bundestag zu verabschiedende Bundesteilhabegesetz angesprochen. "Warum also nicht die ausgewiesene Expertin und langjährige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in meinen Wahlkreis einladen, zumal sie eine gute Freundin und Fraktionskollegin ist", begründet Zierke seine Initiative. "Unser gemeinsamer Anspruch ist es, dass jeder Mensch ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat - unabhängig von einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung."

Nach einem inhaltlichen Überblick über das neue Pflegestärkungsgesetz und das Bundesteilhabegesetz, mit denen große sozialpolitische Reformen verbunden sind - etwa die Bundesförderung in Höhe von ca. 60 Mio. € für den Ausbau von unabhängigen Beratungsstellen - konnten die versammelten Gesundheitsexperten aus der Region ihre Fragen direkt an Ulla Schmidt richten.

Die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe zeigte sich offen für die Anregungen der Zuhörer und nahm die Kritiken ernst. Sie machte deutlich, dass mit dem Gesetzentwurf und den eingegangenen Änderungsanträgen ein Meilenstein gelungen sei und ist zufrieden, dass kein Betroffener durch das Gesetz schlechter gestellt wird als zuvor.

"Dennoch hoffe ich, dass wir an der einen oder anderen Stelle im weiteren Gesetzgebungsverfahren immer wieder Verbesserungen erreichen können. Es wird dauern, bis Menschen mit Beeinträchtigungen ganz normal am Alltag teilhaben können. Dafür möchte ich gern weitere 4 Jahre meine Kraft und Erfahrungen innerhalb der SPD-Fraktion einsetzen."

- **Uckermärkische Bühnen Schwedt erhalten rund 65.000 Euro für das Projekt „Martin L. – Rebell. Das Musical“**

Im Rahmen des Förderprogramms „Reformationsjubiläum 2017“ wird das Musikprojekt „Martin L. – Rebell. Das Musical“ der Uckermärkischen Bühnen Schwedt mit Bundesmitteln in Höhe von 65.388 Euro gefördert.

Der besondere historische Kontext des Projekts „Martin L. – Rebell. Das Musical“ zum Thema Vertreibung und Integration spiegelt sich auch in der Geschichte der Hugenotten in der Uckermark wieder. Gerade im Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen werden hier viele Menschen angesprochen und erreicht, die das Wirken von Martin Luther als großen Reformator künstlerisch und kulturpolitisch kennenlernen.

„Die interdisziplinäre Zusammenarbeit des Antragsstellers mit polnischen Partnern und regionalen Akteuren aus Kunst, Kultur und Geschichte ist überaus zu begrüßen und zeichnet das Projekt im besonderen Maße aus. Ich freue mich sehr, dass dieses Projekt aus dem Kulturretat des Bundeshaushalts unterstützt wird und damit ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Toleranz, Mitmenschlichkeit und Aufklärung in der Uckermark geleistet wird.“ so der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke.

- **Stefan Zierke verbreitet in der Vorweihnachtszeit Freude in der Uckermark und im Barnim**

Mit einem kleinen Weihnachtsgruß kann man viele Menschen zum Lächeln bringen. So erlebte Stefan Zierke es in Eberswalde, Angermünde, Prenzlau, Schwedt/Oder und zuletzt in Templin. Beim Verteilen von kleinen Aufmerksamkeiten wünschte er ein frohes Weihnachtsfest und stimmte damit auf die bevorstehenden Feiertage ein.

***Ich wünsche Euch ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest! Kommt gut rüber ins Jahr 2017!  
Ich freue mich, Euch bald im Wahlkreis zu sehen!***

